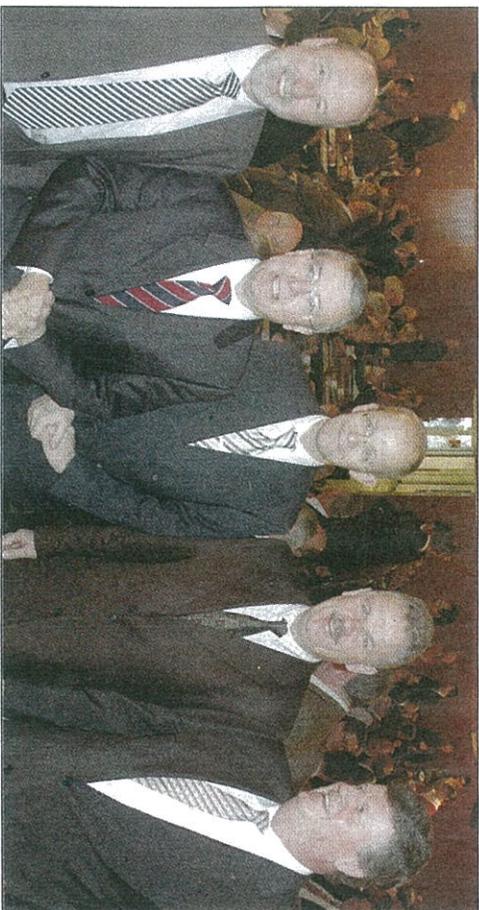


28. 1. 2010

Kommunen befinden sich in schwerster Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg

Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln des StGB NRW tagte in Rheinbach - Bürgermeister Stefan Raetz zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft gewählt - Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar fordert Kommunen zu mehr Sparsamkeit auf



Die Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln des Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen tagte in Rheinbach mit (v.l.); dem neuen stellvertretenden Vorsitzenden Arno Nelles, Landrat Frithjof Kühn, Hauptgeschäftsführer Dr. Bernd Schneider, dem neuen Vorsitzenden Bürgermeister Stefan Raetz und Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar.

Rheinbach. Der Rheinbacher Bürgermeister Stefan Raetz (CDU) hat einen weiteren wichtigen Posten im Gefüge der „kommunalen Familie“ inne: In der Rheinbacher Stadthalle wurde er von 271 Delegierten einstimmig zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) gewählt. Raetz ist bereits Sprecher der Bürgermeister im Rhein-Sieg-Kreis. Sein Stellvertreter bei der Arbeitsgemeinschaft ist der Bürgermeister von Würselen, Arno Nelles (SPD). Sie sind damit die Repräsentanten aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk Köln, die bis auf ganz wenige Ausnahmen Mitglied im StGB NRW sind. Im Hauptreferat des Tages forder-

ten Bereichen seien die Sachinvestitionen seit 1992 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen und betragen nur noch 2,9 Mrd. Euro jährlich.

Doch auch dieser radikale Sparkurs habe den finanziellen Abwärtstrend der NRW-Kommunen nicht aufhalten können. Zwischen 1985 und 2007 haben die Städte und Gemeinden 20 Milliarden Euro mehr ausgeben müssen, als sie eingenommen haben“, legte Schneider dar. Aus dieser Unterfinanzierung erkläre sich der enorme Anstieg der Kassenkredite. Diese seien in den zurückliegenden zehn Jahren von zwei auf 17 Milliarden Euro explosionsartig in die Höhe geschellt. „Hier tickt eine Zeitbombe, sollten die Zinsen wieder einmal auf mittleres Niveau steigen“, warnte Schneider.

Rücklage bringt keine Erleichterung

Auch ein Griff in die Rücklage, was nach dem Neuen kommunalen Finanzmanagement in gewissen Umfang möglich ist, bringe keine Erleichterung. Vielmehr hätten bis 2013 rund zwei Drittel aller NRW-Kommunen ihre Ausgleichsrücklage aufgezehrt. Selbst die Erhöhung der Gebühren, die zu Recht als bürgereinfach wahrgenommen werde, schätze kaum noch Luft. „Wenig hilfreich sind in dieser Situation immer neue Leis- tungsverprechen der Politik“, so Schneider. Er appellierte an das Land NRW, im Bundesrat und bei der Bundesregierung seinen Einfluss geltend zu machen, um den Bund zu einem Sinneswandel zu bewegen. Künftig müsse wieder die Devise gelten: „Wer Aufgaben stellt, muss sie auch bezahlen“.

Regierungspräsident: Sparen fängt im Kopf an

Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar (CDU) mochte diese Darstellung Schneiders jedoch so nicht stehen lassen. Die Finanzmiserie der Kommunen sei nicht nur von außen aufgezungen, sondern zum guten Teil auch hausgemacht. „Sparen fängt im Kopf an - man muss auch sparen wollen“, schrieb er den anwesenden Gemeindevetretern ins Stammbuch. Dies könne er jedoch nicht überall erkennen. So schafften dieses Jahr gerade mal noch zwei von 100 Kommunen im Regierungsbezirk einen strukturellen Haushaltsausgleich. Die Zahl der Kommunen mit einem unausgeglichenen Etat steige von 25 auf 70 an, wovon wiederum 40

Als Beispiel für realitätsfremde Planungen des Bundes führte Schneider den Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige an. Hier sei ein Rechtsanspruch ab 2013 beschlossen und gleichzeitig die Quote der voraussichtlichen Inanspruchnahme auf 35 Prozent eines Jahrgangs festgelegt worden. Nach aktuellen Prognosen werde die Quote jedoch deutlich höher liegen. Damit werde der Finanzierungskommiss Makulatur. Auch Initiativen für einen kostenfreien Kindergarten sowie die Pläne zur umfassenden Senkung der Steuern seien in höchstem Maße kontraproduktiv. Für das letztere kämen auf die NRW-Kommunen Mindererhalten von 2,5 Mrd. Euro jährlich zu. Als kurz- und mittelfristiges Maßnahmenpaket forderte Schneider ein Notprogramm zur Sanierung der Kommunalfinanzen.

von seiner Behörde als kommunalautsicht nicht genehmigt würden. Und von den 30 Haushalten, die dennoch genehmigt würden, seien nur neun wirklich akzeptabel.

Neun Kommunen im Regierungsbezirk werden bereits in diesem Jahr ihr komplettes Eigenkapital verbraten haben, sagte Lindlar kopfschüttelnd voraus. Angesichts der Milliardensummen, die allein in den vergangenen Jahren durch die verschiedenen Konjunkturpakete über das normale Maß hinaus in die Kommunen geflossen sein, könne man sich nur fragen: „Wieviel Geld soll man noch in die Kommunen hineinpumpen, bis sich etwas verändert?“ Der Regierungspräsident plädierte für eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit in bestimmten Aufgabebereichen, um durchaus vorhandene Einsparmöglichkeiten auszunutzen.

Er bemängelte auch eine fehlende Perspektive bei den kommunalen Spitzenverbänden, die sich wegen andauernder Interessenkonflikte untereinander nicht auf eine gemeinsame Vorgehensweise in einigen Bereichen einlassen könnten und damit eine sinnvolle Gemeindefinanzreform blockierten.

Gefahr der Kannibalisierung

Lindlar ging auch auf die Gründe für die Entscheidung ein, die beiden gewünschten Gesamtschulen in Afler und Morsbach nicht zu genehmigen. Beide Kommunen hätten diese Schulen allein aus dem eigenen Schuleraufkommen nicht füllen können, weshalb die Gefahr der Kannibalisierung von Schulen in den umliegenden Kommunen bestanden habe. Dies zeige einmal mehr, wie wichtig eine regionale Schulentwicklungsplanung sei.

Der StGB setzt sich dafür ein, dass die Anliegen der kleineren und mittleren Städte und Gemeinden bei der Gesetzgebung in NRW berücksichtigt werden. Dies betrifft alle Bereiche der Kommunalpolitik, zum Beispiel verfassungsrechtliche Fragen, Sozialpolitik, Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Umweltpolitik, Finanzpolitik, Schul- und Kulturpolitik. Er vertritt die Interessen und politischen Standpunkte der Städte und Gemeinden gegenüber der Landesregierung, dem Landtag Nordrhein-Westfalen und Verwaltungsbehörden sowie gegenüber den zahlreichen Interessengruppen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.